



Nr. 159 | 18.07.2023

## Zentralasien-Analysen

### Reformprozess und vorgezogene Präsidentschaftswahl in Usbekistan

<b>ANALYSE</b>	
Die Zukunft des usbekischen Reformprozesses in unsteten Zeiten: eine makroökonomische Analyse der aktuellen Herausforderungen Louis Skyner (Dentons / Europe-Uzbekistan Association for Economic Cooperation (EUROUZ), Prag)	2
<b>KOMMENTAR</b>	
Mirsijojew braucht die Zivilgesellschaft, wenn er wirklich liberale Reformen umsetzen will Umida Niyazova (Uzbek Forum for Human Rights, Berlin)	7
<b>DOKUMENTATION</b>	
Offizielles Endergebnis der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Usbekistan vom 9. Juli 2023	9
<b>CHRONIK</b>	
22. Mai –11. Juli 2023	10
Kasachstan	10
Kirgistan	13
Tadschikistan	16
Turkmenistan	19
Usbekistan	22

## Die Zukunft des usbekischen Reformprozesses in unstillen Zeiten: eine makroökonomische Analyse der aktuellen Herausforderungen

Louis Skyner (Dentons / Europe-Uzbekistan Association for Economic Cooperation (EUROUZ), Prag)

DOI: 10.31205/ZA.159.01

### Zusammenfassung

Seit dem Beginn der Reformen unter Präsident Schawkat Mirsijojew vor sechs Jahren hat Usbekistan beachtliche Fortschritte bei der wirtschaftlichen Entwicklung gemacht. Bisherige Erfolge der Reformen zeigen sich zum Beispiel in der Einführung eines flexiblen Wechselkurses, einer verbesserten Unternehmensführung oder einem gestärkten System der öffentlichen Fürsorge. Auch haben die Reformen zur Herausbildung relativer makroökonomischer Stabilität beigetragen, dank der Usbekistan den wirtschaftlichen Schock nach dem russischen Überfall auf die Ukraine weitgehend absorbieren konnte. Trotz der erreichten Fortschritte hat sich die Umsetzung von Reformen zuletzt verlangsamt, weshalb in Bereichen wie dem der staatlichen Unternehmen noch immer strukturelle Anpassungen ausstehen. Herausforderungen für den weiteren Reformprozess bestehen vor allem in der anhaltend hohen Inflation, dem wachsenden Investitionsbedarf, der Entwicklung eines inländischen Finanzmarktes mit robustem Privatbankensektor, der geographisch bedingten Hemmung außenwirtschaftlicher Beziehungen sowie im geplanten Umstieg auf Green Economy.

### Einleitung: die wirtschaftliche Lage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine

Der Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 und die darauffolgenden Sanktionen haben in Zentralasien einen wirtschaftlichen Schock ausgelöst. Innerhalb von zwei Wochen ist der usbekische Som um 7 % eingebrochen. Die Zentralbank reagierte mit einer Erhöhung des Leitzins von 14 auf 17 %, um den Wechselkurs und die Finanzmärkte zu stabilisieren und die Inflation unter Kontrolle zu halten. Der Som-Wechselkurs stabilisierte sich schließlich, als sich auch der Rubel wieder gefangen hat, nachdem Handel und Transfer von Fremdwährungen durch die russische Zentralbank eingeschränkt wurden. Nach dem Überfall hat die usbekische Zentralbank ihre Prognose zum usbekischen Wirtschaftswachstum für das Jahr 2022 von 5,5 – 6,5 auf 4 % nach unten korrigiert. Als Gründe wurden die Volatilität des Som, ein inflationsbedingt sinkender Konsum sowie die Erwartung einer vermehrten Rückkehr von Arbeitsmigrant:innen und ein damit zusammenhängender Rückgang von Remissen genannt.

Mittlerweile steht jedoch fest, dass die usbekische Wirtschaft nicht annähernd so hart getroffen wurde, wie noch im Frühjahr 2022 befürchtet, und der anfängliche Schock überwiegend absorbiert werden konnte. Vor allem haben sich die Sanktionen weit weniger auf die russische Wirtschaft ausgewirkt, als anfangs angenommen, wodurch auch ein negativer Dominoeffekt für Usbekistan ausblieb. Mit einem BIP-Rückgang von 2,2 % ist die russische Wirtschaft 2022 laut IWF nur wenig geschrumpft, während Russland im November 2022 mit 3,7 % eine rekordverdächtig niedrige Arbeitslo-

senquote aufwies. Der Bedarf der russischen Wirtschaft an zentralasiatischen Arbeitskräften blieb ungebrochen hoch. Im Ergebnis hat sich die Summe der Rücküberweisungen aus Russland nach Usbekistan im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr mit 16,9 Mrd. US-Dollar fast verdoppelt. Wachsende Exporte von hochpreisigen Rohstoffen wie Gold, Kupfer und Textilien und anhaltende Kapitalströme aus Russland haben zu einer guten Leistungsbilanzentwicklung beigetragen. Das usbekische Leistungsbilanzdefizit konnte von 4,8 % im Jahr 2021 auf 0,5 % des BIP im Jahr 2022 gesenkt werden, ebenso die Auslandsverschuldung, die auf 31,2 % des BIP zurückging (2021: 33,9 %). Im Gegenzug wuchs der Außenhandel 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 21 %, während die verfügbaren Währungsreserven um 700 Mio. US-Dollar auf 35,8 Mrd. US-Dollar anstiegen. Schließlich hat sich auch das real verfügbare Einkommen und die Kaufkraft der usbekischen Bevölkerung nicht so stark reduziert wie anfänglich befürchtet. Die Inflation stabilisierte sich 2022 bei 11,4 %, während das Wachstum der Wirtschaft mit 5,7 % relativ stark blieb. Für 2023 wird ein Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 5 % erwartet, da u. a. mit einer nachlassenden Auslandsnachfrage und einer Verschärfung der finanziellen Bedingungen für Regierung und Bevölkerung gerechnet wird.

Der Umstand, dass Usbekistan den anfänglichen wirtschaftlichen Schock überwiegend absorbieren konnte, ist auch das Resultat der Wirtschafts- und Fiskalpolitik der letzten sechs Jahre, mit der das Ziel verfolgt wurde, die Resilienz Usbekistans für Krisenzeiten zu erhöhen. Wachsende Steuereinnahmen, eine kontrollierbare Auslandsverschuldung und ein straffer Haus-

halt haben der Regierung 2022 mehr Spielraum für Ausgaben zum Beispiel im sozialen Bereich ermöglicht, womit negative Auswirkungen auf wirtschaftlich vulnerable Segmente der Bevölkerung abgefedert werden konnten. Die entscheidende Frage ist, inwieweit sich die weltweite Konjunkturabschwächung und die restriktivere Geldpolitik auf die Wirtschaft und die Fähigkeit der Regierung zur weiteren Umsetzung ihres Reformprogramms auswirken werden.

### **Die bisherigen Ergebnisse des Reformprozesses**

Im Rahmen der ersten Phase der Reformen wurden das Wechselkurssystem liberalisiert, Zölle gesenkt und die Steuerpolitik angepasst, um makroökonomische Stabilität herzustellen und das Vertrauen der Privatwirtschaft zu gewinnen. Am 4. September 2017 hat die damals neue Regierung ihre Bereitschaft gezeigt, mutige Entscheidungen zu treffen, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und Investitionen anzulocken. An diesem Tag hob die Zentralbank die Wertbindung des Som an den US-Dollar auf und führte stattdessen ein flexibles Wechselkurssystem ein. Der Schritt, mit dem man die Inflation bis 2023 auf 5 % senken wollte, ließ den Som-Kurs kurzfristig um die Hälfte abstürzen. Makroökonomische Stabilität und hohe Devisenreserven begünstigten jedoch eine schnelle Re-Stabilisierung des Wechselkurses. Im Dezember 2018 gaben sowohl Standard & Poor's als auch Fitch Usbekistan ein BB-Kreditrating mit Aussicht auf langfristige Stabilität, wodurch das Land seinen Ruf auf den globalen Finanzmärkten massiv verbessern konnte.

Die zweite, aktuelle Phase der Reformen umfasst eine Reihe von Maßnahmen zur Konsolidierung der makroökonomischen Stabilität. Diese Maßnahmen umfassen u. a.: eine Senkung der Transaktionskosten für Unternehmen; eine Reform des Bankensektors, durch die der Privatwirtschaft mehr Kapital zur Verfügung gestellt werden soll; die Durchführung von Privatisierungen, um Investor:innen anzulocken und industrielle Produktionskapazitäten ausbauen zu können; sowie die Stimulierung von Investitionen in den Bau von Infrastruktur und die Etablierung von öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) im Energiebereich, um genügend Strom für langfristiges Wachstum zur Verfügung zu haben.

Für die Frage, ob langfristig Investitionen angezogen werden können, sind jedoch ein geringes Haushaltsdefizit, eine niedrige Inflationsrate, eine positive Handelsbilanz und ein stabiler Wechselkurs die entscheidenden Gradmesser makroökonomischer Stabilität. In dieser Hinsicht stellen der Krieg in der Ukraine und die gegen Russland erlassenen Sanktionen Usbekistan

weiterhin vor erhebliche Herausforderungen. Andererseits ist der Handel mit Russland von 7,5 Mrd. US-Dollar im Jahr 2021 um 23 % auf 9,3 Mrd. US-Dollar im Jahr 2022 gewachsen, was suggeriert, dass Usbekistan in wirtschaftlicher Hinsicht ein indirekter Profiteur des anhaltenden Konfliktes ist

### **Die zentralen Herausforderungen: hohe Inflation und Investitionshemmnisse**

Die Covid-19-Pandemie hat zu weltweiten Versorgungsengpässen, einem Anstieg der Rohstoffpreise und hohen Inflationsraten geführt. Diese Entwicklungen wurden durch den Krieg in der Ukraine noch verstärkt. Weiter steigende Lebensmittelpreise und anhaltende Preisunsicherheit suggerieren die Tendenz einer Verstärkung von hohen Inflationsraten. In Usbekistan haben umfangreiche Devisentransfers ins Ausland und die steigende Nachfrage nach Mietobjekten die Inflation weiter verschärft. 2022 lag die Inflation bei 11,4 %, für 2023 wird sie auf 11, für 2024 auf 10 % geschätzt. Sollte die Inflation systemisch werden, müssten auch Löhne und Sozialausgaben entsprechend steigen, was die weitere Umsetzung der Reformen, die auf straffer Haushalts- und Geldpolitik basieren, gefährden könnte. Weltweit sehen Zentralbanken in hohen Inflationsraten eine größere Gefahr für wirtschaftliches Wachstum als in einer zu straffen Geldpolitik.

Das usbekische Haushaltsdefizit betrug 2022 4 %, was die Regierung durch die Aufnahme von externen Schulden ausgleicht, statt durch Ausländische Direktinvestitionen (FDI) kompensieren zu können. Die Auslandsverschuldung ist zwar relativ gering, jedoch beruht das Wachstum bisher auf öffentlichen statt auf privaten Investitionen. Die weltweite Straffung der Geldpolitik infolge steigender Inflation hat die Aufnahme von Schulden bei internationalen Finanzinstitutionen verteuert. Der prognostizierte Rückgang des Wirtschaftswachstums könnte den finanziellen Spielraum der usbekischen Regierung weiter einschränken und schnell das finanzielle Polster verbrauchen.

Die usbekische Regierung hat wiederholt signalisiert, ein besseres Umfeld für Privatinvestitionen schaffen zu wollen, zum Beispiel durch PPP im Energie- und Transportsektor und Börsengänge (IPO) staatlicher Unternehmen. Außerdem wird die Option ausgelotet, auf PPP-Grundlage Infrastruktur zu privatisieren, da die Regierung größere Infrastrukturprojekte nicht mehr allein aus öffentlichen Mitteln finanzieren kann. In diesem Bereich konnte zuletzt auch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die öffentliche Auftragsvergabe festgestellt werden.

Allerdings werden in Zukunft weitere Reformen nötig sein, um mehr ausländisches Kapital in Form von FDI anzuziehen. Hierfür ist die weitere Privati-

sierung von staatlichen Unternehmen ebenso unumgänglich wie die Optimierung von Investitionsmöglichkeiten, um diese attraktiver zu machen. Auch sollten vorsichtige Preisliberalisierungen in Erwägung gezogen werden. Momentan werden Verbraucherpreise noch stark von der Regierung subventioniert. Die Entflechtung von Versorgungsunternehmen macht einen graduellen Anstieg der Verbraucherpreise erforderlich, um anfallende Modernisierungskosten abfedern zu können. Allerdings verdeutlicht das Beispiel Kasachstan, wo es nach dem Auslaufen staatlicher Subventionen für Kraftstoff im Januar 2022 zu landesweiten Unruhen kam, die Risiken solcher Reformen, die daher gut geplant sein müssen und nur schrittweise in ausgewählten Bereichen umgesetzt werden können. Die finanziell prekäre Lage von großen Teilen Bevölkerung erfordert eine Beibehaltung von Subventionen für Haushalte mit niedrigem Einkommen.

Schließlich gibt es noch ein paar weitere Barrieren, die Investitionen in die usbekische Wirtschaft hemmen. Zu diesen zählen u. a. ein geringes Vertrauen in das usbekische Rechtssystem, der mangelnde Schutz von Eigentumsrechten, die ungleiche Behandlung von Marktteilnehmer:innen, sowie eine erratische Gesetzgebung, welche die Einhaltung legaler Rahmenbedingungen erschwert. Die Initiierung zahlreicher wirtschaftlicher Projekte durch Präsidialerlasse, die oft Vorzugsrechte für ausgewählte Akteure beinhalten, und eine ausbleibende Systematisierung der Rechtslage, mindern das Vertrauen potentieller Investor:innen. Der weitere wirtschaftliche Erfolg der Reformen wird maßgeblich von der Frage abhängen, ob sich die usbekische Regierung zu einer Politik durchringen kann, mit der sie langfristiges Vertrauen gewinnt.

### **Die Herausforderung der Entwicklung des inländischen Finanzsektors**

Für das Verständnis der bestehenden Herausforderungen im Finanzsektor lohnt ein Blick zurück auf die Ausgangslage. Seit 2017 wurden in diesem Bereich u. a. folgende Reformen umgesetzt: die Einführung von Rückkaufvereinbarungen (Repos) als zentralem Instrument zur Entwicklung des Finanzmarktes; die Schaffung einer Geldmarktplattform; die Veröffentlichung eines täglichen Referenzzinssatzes; die Ausgabe von Anleihen und Schuldverschreibungen durch Finanzministerium und Zentralbank; sowie die Akkreditierung von Banken für den Handel mit Wertpapieren. Eine zentrale Errungenschaft ist die Etablierung des Som als allgemein anerkanntem Zahlungsmittel, während dank inflationshemmender Geld- und Zinspolitik die De-Dollarisierung der Wirtschaft voranschreitet.

Auch wenn die private Kreditaufnahme erheblich zugenommen hat und mittelständische Unternehmen

von besseren Finanzierungsmöglichkeiten profitieren, bleibt die begrenzte Verfügbarkeit von Kapital innerhalb Usbekistans ein Haupthindernis für Investitionen. Da die Finanzmärkte nach wie vor wenig entwickelt sind, sind Darlehen teuer und schwer zu bekommen. Der Mangel an Krediten hemmt das gesamtwirtschaftliche Kreditwachstum und die Herausbildung eines effizienten Finanzsektors, die einem allgemeinen Wirtschaftswachstum vorausgehen.

Der Bankensektor macht aktuell 90 % des usbekischen Finanzsystems aus, weshalb Banken bei der Bilanzführung unterstützt werden sollten, damit diese ihrer zentralen Rolle für die Finanzierung der Wirtschaft und die Gewährleistung lokaler Liquidität gerecht werden können. Dies setzt auch die Reorganisation oder Privatisierung staatlicher Banken voraus, wofür das Centre for Strategic Reform über die nächsten drei bis fünf Jahre Mittel bereitstellen möchte. Bisher beruht der Bankensektor auf einem System von staatlichen Krediten die durch öffentliche Rücklagen gedeckt sind, wobei 80 % des gesamten Bankvermögens in Staatsbesitz ist. Die geplante Reorganisation der Branche in ein System der privaten Finanzierung zielt schließlich darauf ab, 90 % des gesamten staatlichen Bankvermögens in die private Hand zu überführen. Diese Änderung der Besitzverhältnisse soll nicht nur einen Wandel der Unternehmensführung von Banken induzieren, sondern auch die Vergabepraxis von Krediten für große Industrien zu mehr Darlehen für Einzelhandel und mittelständische Unternehmen verschieben.

Die entscheidende Herausforderung bei der weiteren Öffnung des Finanzmarktes ist die Herstellung von Resilienz gegenüber globalen Schocks, wofür die Entwicklung eines inländischen Marktes für Lokalwährungsanleihen unumgänglich ist. Bisher bestand die Strategie der usbekischen Regierung darin, bei internationalen Finanzinstitutionen und durch die Ausgabe von Staatsobligationen Geld zu leihen. Hier stellen Finanzmarktreformen eine wichtige Ergänzung zur Liberalisierung des Wechselkurses und der Aufhebung von Kapitalverkehrskontrollen dar. Ziel bleibt schließlich die Schaffung von Anreizen für die Umwandlung von bisher ungenutzten Privatvermögen in Investitionen, mit denen die Wirtschaft modernisiert werden kann, ohne den staatlichen Haushalt belasten zu müssen.

### **Die Herausforderung der Geographie und mangelnden infrastrukturellen Vernetzung**

Seit 2000 hat sich der GUS-Raum zunehmend wirtschaftlich integriert, was vor allem auf dem regionalen Handel mit Strom, Öl und Gas beruhte. Usbekistan hat zum Beispiel seine Zölle mit der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) harmonisiert und die Vergabe von Lizenzen für den Import und Export von Gütern

vereinfacht. Seit 2020 ist Usbekistan offizieller Beobachter der EAWU und bemüht sich gleichzeitig um einen Beitritt zur Welthandelsorganisation. Mit dem russischen Überfall auf Ukraine ist die wirtschaftliche Integration weitgehend zum Erliegen gekommen, da wichtige regionale Transit- und Transportrouten seit den gegen Russland verhängten Sanktionen nicht mehr genutzt werden können. Die veränderte Situation seit Februar 2022 hat erneut die Vulnerabilität Usbekistans offengelegt, die mit der geographischen Lage des Landes inmitten Zentralasiens einhergeht. Usbekistan, das als Doppel-Binnenland (*double-landlocked country*) an alle anderen Binnenstaaten der Region grenzt (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Afghanistan), ist aufgrund dieser geographischen Abhängigkeit in hohem Maße an einem stabilen Umfeld in seiner Nachbarschaft interessiert.

Obwohl der regionale Land- und Bahntransport von Gütern in den vergangenen Jahren zugenommen hat, ist die Diversifizierung und der Ausbau effizienter Transportrouten seit dem Krieg in der Ukraine noch dringlicher geworden. Hierfür ist die EU zuletzt in verstärktem Dialog mit den zentralasiatischen Staaten getreten, da ein gemeinsames Interesse daran besteht, Hindernisse für eine Verwirklichung effizienter Transportrouten, die Russland umgehen, abzubauen. Zu diesen Hindernissen zählen u. a. uneinheitliche Zölle und Transporttarife, mangelnde Infrastruktur, nach Land unterschiedliche regulatorische Rahmenbedingungen, nicht wettbewerbsfähige Transportzeiten und -kosten sowie begrenzte Möglichkeiten privatwirtschaftlicher Beteiligung.

Der nunmehr zwingend notwendig gewordene Ausbau von grenzüberschreitender Transport- und Transitinfrastruktur erfordert schließlich gigantische Investitionen, wobei es sich um Summen handelt, die ohne Einbeziehung des Privatsektors nicht mehr gestemmt werden können. Hierfür bedarf es der klaren Definition und zwischenstaatlichen Harmonisierung von regulatorischen Rahmenbedingungen, die zum Beispiel für öffentliche Ausschreibungen einen fairen Wettbewerb garantieren. Die wirtschaftliche Rentabilität von Transportkorridoren hängt erheblich von einer transparenten Preisbildung ab, was beständige Tarife für Frachtverkehr und entsprechende Dienstleistungen voraussetzt. In Zeiten globaler Unsicherheit wird regionale Vernetzung zur zentralen Frage für die wirtschaftliche Entwicklung von Staaten und Gesellschaften. Während sich das Wirtschaftswachstum weltweit verlangsamt nimmt die Bedeutung regionaler Märkte zu, die ihr Potential jedoch nur dann entfalten können, wenn es gelingt, Handelsbedingungen zu harmonisieren und Kosten für den Gütertransport zu senken.

## Die Herausforderung der Umstellung auf sauberere Energie und Green Economy

Die usbekische Regierung hat das langfristige Ziel einer Umstellung der Wirtschaft auf Green Economy formuliert, was eine Verbesserung der Energieeffizienz und eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen voraussetzt. Beides ist notwendig, um langfristiges Wirtschaftswachstum zu gewährleisten und gleichzeitig die Auswirkungen des Klimawandels abzuschwächen. Staatliche Unternehmen sind die größten Verursacher von CO<sub>2</sub>-Emissionen in Usbekistan, allerdings ist aufgrund mangelnder Daten wenig darüber bekannt, wie genau deren Aktivitäten die Umwelt beeinflussen. Eine Erhöhung der Transparenz staatlicher Unternehmen könnte die nötigen Informationen liefern, um gezieltere Anpassungsmaßnahmen identifizieren und umsetzen zu können. Für eine effizientere Preis- und Subventionspolitik könnte es außerdem hilfreich sein, systematisch alle Subventionen für fossile Brennstoffe zu erfassen. Erst mit einer ausreichend breiten Datenlage kann ein realistischer Fahrplan für den grünen Wandel und dessen Finanzierung durch grüne Investitionen entwickelt werden.

Die Anziehung von grünen Investitionen setzt die genaue Abschätzung von Kosten, Nutzen und langfristigen Effekten der entsprechenden Projekte voraus. Allerdings sind die Emissionen, die bei der Umsetzung wirtschaftlicher Projekte entstehen, nicht nur für deren Design und Finanzierung relevant. Schließlich können die umweltrelevanten Auswirkungen von Investitionsprojekten auch Grundlage für die Entscheidung über den Gebrauch von öffentlichen Mitteln sein. Mithilfe einer solchen »grünen Haushaltsplanung« können wirksam Ressourcen kanalisiert werden, um zum Beispiel den Bau energieeffizienter Anlagen durch Steuersenkungen zu fördern und Klimaverträglichkeit zum notwendigen Faktor für öffentliche Ausschreibungen zu machen.

Schließlich bedarf der grüne Wandel einer tatsächlichen »Nachfrage«, die am besten durch solche Anreize hervorgerufen wird, welche die Menschen dazu veranlassen, weniger klimaschädliche Güter und Dienstleistungen zu nutzen. Dies kann zum Beispiel eine gezielte Erhöhung der Preise für entsprechende Produkte umfassen. Hierbei bedarf es allerdings wieder der Balance zwischen der Politik eines grünen Wandels und der Aufrechterhaltung sozialer Stabilität. Preiserhöhungen müssen gut durchdacht sein und schrittweise erfolgen, und dürfen vor allem auf keinen Fall zu einer weiteren Belastung für die ärmeren Teile der Bevölkerung führen. Die gerechte Verteilung der Kosten einer Umstellung auf Green Economy umfasst den Schutz vulnerabler Haushalte, zum Beispiel durch die Anwendung niedrigerer Preise für die erste Einheit des Verbrauchs einer Ware oder Dienstleistung. Die Ökologisierung der Industrie und die entsprechende Umschulung von



Personal sollten einander bedingen, damit Arbeitsplätze sowohl erhalten als auch geschaffen werden. Allgemein besteht die Herausforderung darin, den grünen Wandel inklusiv und für alle erschwinglich zu gestalten. Nur so kann langfristiger Wohlstand auf einer soliden Basis von Nachhaltigkeit und Klimaschutz erreicht und gewährleistet werden.

### Fazit

In seiner Abfolge und Umsetzung ähnelt der aktuelle usbekische Reformprozess jenem, der nach dem Ende des Staatssozialismus vor drei Jahrzehnten in Mittel- und Mitteleuropa eingeleitet wurde. Seit dem Beginn der Reformen in Usbekistan 2017 wurden das Währungssystem liberalisiert, Zölle gesenkt und die Steuerpolitik angepasst. Weitere Erfolge umfassen eine verbesserte Finanzregulierung, die Umsetzung von Maßnahmen zur Einhegung der Privatverschuldung, eine verbesserte Unternehmensführung in mehreren Sektoren und die Ausweitung der öffentlichen Fürsorge, unter der sich die Anzahl der Familien, die Sozialhilfe erhalten, verdoppelt hat. Allerdings gibt es auch mehrere Bereiche,

in denen die Umsetzung von Reformen stockt. Hohe Handels- und Transportkosten, anhaltende Inflation und ein wachsender Investitionsbedarf stellen die weitere wirtschaftliche Entwicklung Usbekistans genauso vor Herausforderungen wie die niedrige Wettbewerbsfähigkeit von staatlichen Banken und Unternehmen, die noch immer erheblichen Reformbedarf aufweisen. Die weitere Umsetzung von Reformen in den Bereichen Gesundheit und Bildung steht ebenso aus wie die umfassende Liberalisierung der Preise für Gas, Strom und Bauland. In den sechs Jahren seit dem Beginn der Reformen hat sich zwar einiges getan, aus Sicht vieler Beobachter:innen findet aktuell jedoch eine ernsthafte Verlangsamung des Reformprozesses statt. Es bleibt also abzuwarten, ob die usbekische Führung die kürzliche Verfassungsreform und die noch kürzlichere Wiederwahl von Präsident Mirsijojew als Mandat begreift, weiter konzentriert Reformen umzusetzen, um dem Ziel der Schaffung eines wohlhabenden Staates mit flächendeckender Green Economy näherzukommen.

*Aus dem Englischen von Armin Wolking*

### Anmerkung des Autors:

*Der Erstentwurf dieses Beitrags wurde im Januar 2023 bei der OECD präsentiert und hat durch den Input des Teams der OECD Eurasia Division profitiert. Ein überarbeiteter Entwurf wurde beim zweiten EU-Zentralasien-Wirtschaftsforum vorgestellt, das im Mai 2023 in Almaty stattfand. Der hier präsentierte Finalentwurf enthält einige Ergebnisse von Diskussionen, die ich dort geführt habe. Ich danke Bill Tompson, dem Vorsitzenden der OECD Eurasia Division, mich zu beiden Veranstaltungen als Sprecher eingeladen zu haben.*

*Die im Beitrag verwendeten Statistikdaten sind dem aktuellen Asian Development Outlook entnommen, der im April 2023 von der Asiatischen Entwicklungsbank veröffentlicht wurde.*

### Über den Autor

Louis Skyner (PhD) ist Partner in der europäischen Energiepraxis der Anwaltskanzlei Dentons mit einem regionalen Schwerpunkt auf der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Er berät Entwicklungsbanken und Regierungen bei der Umsetzung und Finanzierung von Energie- und Infrastrukturprojekten im Rahmen von Konzessionsvereinbarungen und öffentlich-privaten Partnerschaften, sowie bei der Entflechtung und Entwicklung wettbewerbsfähiger Strommärkte. Seit sieben Jahren ist Louis Skyner hauptsächlich in Usbekistan tätig, wo er die Regierung, die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung u. a. bei der Etablierung eines staatlichen Investmentfonds, der Liberalisierung des Gasmarktes und der öffentlichen Ausschreibung für Windkraftprojekte beraten hat. Louis Skyner ist Vorsitzender der Europe-Uzbekistan Association for Economic Cooperation (EUROUZ), die er 2021 mitgegründet hat.

## Mirsijojew braucht die Zivilgesellschaft, wenn er wirklich liberale Reformen umsetzen will

Umida Niyazova (Uzbek Forum for Human Rights, Berlin)

»Niemand kann bestreiten, dass wir viel geleistet haben, um den Bedürfnissen jedes Einzelnen zu entsprechen, um die menschliche Würde auf die Ebene der großen Politik zu heben«, erklärte der usbekische Präsident Schawkat Mirsijojew am 12. Juni 2023 vor Bürger:innen der karakalpakischen Hauptstadt Nukus, während einer Veranstaltung im Rahmen seiner Wahlkampagne für die Präsidentschaftswahl vom 9. Juli 2023.

Diese Art von Stellungnahmen, in denen Präsident Mirsijojew seine angebliche Entschlossenheit zum Ausdruck bringt, Menschenrechte und Meinungsfreiheit zu achten, sind in den letzten Jahren zunehmend umstritten geworden. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Immer mehr Blogger und Aktivist:innen, die das Recht auf Meinungsfreiheit auch wirklich in Anspruch nehmen wollten, haben sich zuletzt im Gefängnis wiedergefunden oder sahen sich mit heftigen Geldbußen und/oder Einschüchterungsversuchen konfrontiert. Genau deshalb wird der Präsident in den wichtigsten Medien des Landes nach wie vor nicht offen kritisiert. Die Grenzen der Meinungsfreiheit enden in Usbekistan weiterhin am Blauen Palast in Taschkent. Kritik an Beamten der niedrigeren Verwaltungsebenen ist vielleicht noch gestattet, doch der Präsident selbst und seine Familie sind schlichtweg tabu.

Alle usbekischen Journalist:innen sind sich dieser Einschränkung sehr wohl bewusst. Im Vorfeld der kürzlichen Präsidentschaftswahl vom 9. Juli wurden in den usbekischen Medien daher auch keine wichtigen oder kontroversen Fragen diskutiert. So wurde auch nicht öffentlich erwähnt, dass es weiterhin keine politische Opposition im Land gibt, dass das Geschäftsimperium von Mirsijojews Schwiegersöhnen immer weiter expandiert oder dass die alte Verfassung kurzfristig im Müll gelandet ist, da sie Mirsijojews Amtszeit 2026 beendet hätte.

Die Präsidentschaftswahl vom 9. Juli war wieder bar jeden politischen Wettbewerbs und hat sich damit nahtlos in das wohlbekannte Szenario aller bisherigen Wahlen in Usbekistan eingefügt. Zwar wurden wahltechnische Formalitäten überwiegend eingehalten und wie immer durften auch einige der Regierung loyal verbundene Kandidaten antreten, die auch wieder ein paar Stimmen abbekommen haben. Der bereits im Vorfeld feststehende Sieger Mirsijojew hat mit einem Ergebnis von 87,05 % seit der letzten Präsidentschaftswahl 2021 sogar noch einmal 7 % raufgelegt.

Die Präsidentschaftswahl vom 9. Juli folgte auf das am 30. April abgehaltene Referendum über die Annahme einer neuen Verfassung, deren Einführung angeblich notwendig wurde, um »die Grenzen der Men-

schenrechte und der Meinungsfreiheit auszuweiten«. Eine Woche nach dem Referendum verkündete Mirsijojew, er brauche »ein neues Mandat, um die Reformen fortsetzen zu können«. Prompt kam am 8. Mai der Präsidialerlass zur Ansetzung vorgezogener Neuwahlen. Begründet wurde der Schritt mit vagen Argumenten über »akute« und »komplizierte« »Prozesse«, die in der Welt und in Zentralasien vor sich gingen, und damit, dass »die Menschen von uns wichtige und drängende Änderungen und Reformen in allen Bereichen erwarten.«

Ungeachtet seines weitgehend berechtigten Image eines Reformers war kaum jemand überrascht darüber, dass Präsident Mirsijojew offensichtlich nicht die Absicht hat, nach dem eigentlichen Ende seiner Amtszeit 2026 abzutreten. Was kommt nun also als nächstes? Trotz seines politischen Auftretens als Autokrat scheint Mirsijojew weiter die Vision zu verfolgen, Usbekistan durch die Umsetzung von Reformen voranzubringen. Wie lange wird er jedoch noch als Reformler gelten können, wenn er den repressiven Praktiken der Vergangenheit weiterhin kein Riegel vorschiebt?

Eine wichtige Errungenschaft des »neuen Usbekistan« besteht darin, dass die Redefreiheit tatsächlich ausgeweitet wurde und vor allem im Internet – das bislang frei geblieben ist – Meinungen ausgetauscht und Informationen verbreitet werden können. Doch kann dieser neue Geist der Freiheit auch wieder zurück in seine Flasche gezwungen werden, wenn die beunruhigende Tendenz zur Repression von kritischen Bloggern und Journalist:innen weiter anhält.

Jüngste Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan zeigen, dass der Staat ohne unabhängige Medien und eine starke Zivilgesellschaft nicht in der Lage ist, wichtige gesellschaftliche Anliegen wie Korruption, Folter und Straflosigkeit lokaler Behördenvertreter:innen anzugehen. Mirsijojews Erklärungen über die Bedeutung von Meinungsfreiheit werden leere Worte bleiben, solange es keine Garantien oder Mechanismen zum Schutz der Zivilgesellschaft vor der Willkür von Regierungsbehörden gibt.

Am 27. Mai 2023 wurde Elmurod Odil, ein Aktivist der Menschenrechtsorganisation »Ezgulik«, zuerst vom Hokim des Bezirkes Yakkabog (Gebiet Kaschkadarja) und dann von Polizeikräften geschlagen, die daraufhin ein Verfahren wegen Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte gegen ihn fabrizierten. Am folgenden Tag hat ein Gericht 15 Tage Administrativhaft für Odil angeordnet, wobei weder ihm selbst noch seinem Anwalt der Gerichtsbeschluss vorgelegt wurde. In einer unmittelbar nach seiner Freilassung aufgenommenen Videobotschaft erklärte Odil, dass es keinen Sinn

gemacht hätte, nach der Wahrheit oder Gerechtigkeit zu suchen, »beides werde man nicht finden. Ich habe versucht, Probleme aufzuzeigen, aber in dieser Gesellschaft gelten Opfer als Täter.« Er befürchte wieder verhaftet zu werden.

Innerhalb von nur einer Woche gab es Anfang Juni zwei tragische Todesfälle in Polizeistationen. In einem Fall hat die Polizei einen 36-Jährigen, der zuvor festgenommen wurde, im Gebiet Taschkent zu Tode gefoltert. In einem zweiten Fall stürzte sich ein 21-Jähriger aus dem Fenster im dritten Stock einer Taschkenter Polizeistation in den Tod.

Um Täter im Staatsdienst zur Rechenschaft ziehen zu können, braucht es Beobachtung und Kontrolle durch die Öffentlichkeit. Die Regierung stemmt sich jedoch weiterhin gegen die Bemühungen von zivilgesellschaftlichen Gruppen, sich als Nichtregierungsorganisationen registrieren zu lassen, und belegt sie stattdessen mit unnötigen Auflagen, um ihre Arbeit und Finanzierungsmöglichkeiten zu behindern.

In Usbekistan ist es nahezu unmöglich, eine unabhängige Menschenrechtsorganisation registrieren zu lassen, da weiterhin gewollt komplizierte Hürden bürokratischer Natur errichtet werden. Im Gegenzug weist das Justizministerium zivilgesellschaftliche Gruppen permanent darauf hin, dass Aktivitäten nicht registrierter Organisationen illegal sind. Selbst für die wenigen Gruppen, denen es gelingt sich registrieren zu lassen, bleibt die Menschenrechtsarbeit schwierig. Über die Verfahren zur Genehmigung von Projekten und Aktivitäten übt das Justizministerium exzessiv Kontrolle aus und behindert durch die Verhängung künstlicher Auflagen die Einwerbung von ausländischen Fördermitteln.

Ein weiteres ernsthaftes Problem für die Entwicklung der Zivilgesellschaft ist das Wiedererstarren des Staatssicherheitsdienstes (SSS), der praktisch alle Lebensbereiche von Aktivist:innen zu kontrollieren versucht. In der Regel haben Menschenrechtsaktivist:innen innerhalb der Abteilungen für Extremismus- und Terrorbekämpfung von Polizei und SSS eigene »Betreuer:innen«, die sich um sie »kümmern«. Diese beobachten alles, was Aktivist:innen tun, von ihren alltäglichen Wegen, ihren Kommentaren in sozialen Netzwerken bis hin zu Ansprachen bei internationalen Foren. Eine Menschenrechtsaktivistin aus Taschkent, die im Mai am Jahrestreffen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) in Samarkand teilgenommen hat, hat geschildert, wie sie danach auf Arbeit von SSS-Mitarbeitern aufgesucht und ausgefragt wurde, welche Gespräche es dort zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und inter-

nationalen Organisationen gegeben hat. Zum Schluss wurde ihr geraten, »patriotisch« zu sein. Mindestens zwei weiteren usbekischen Aktivist:innen, die am EBWE-Treffen teilgenommen haben, ist es ähnlich ergangen.

Kürzlich haben fünf Blogger aus dem Gebiet Kaschkadarja bekanntgegeben, aufgrund anhaltender Schikane und Einschüchterungen ihre Tätigkeit einzustellen und ihre Kanäle in den sozialen Medien zu löschen. Ihr größtes Problem sei der mangelnde Schutz gewesen. Kurz zuvor wurden drei Blogger aufgrund der »Nichtbeachtung einer rechtmäßigen Anordnung eines Behördenvertreters« festgenommen, was sich auf jenen Artikel des Verwaltungsrechts bezieht, auf dessen Grundlage standardmäßig Haftbescheide gegen Aktivist:innen erlassen werden. Der Blogger Asisbek Jasdurdijew aus der Stadt Karschi hat seine Entscheidung zum Aufhören damit begründet, dass »die jüngsten Menschenrechtsfälle zu einem ernstesten Signal für uns alle geworden sind.«

Bereits in den frühen 2000er Jahren hat Usbekistan eine Art Tauwetter erlebt, als die Zensur gelockert und die Tätigkeit von Menschenrechtsorganisationen im Land erlaubt wurde. Dieser Prozess war jedoch nicht von politischen Reformen zur Stärkung ziviler demokratischer Institutionen begleitet, weshalb sich die damaligen Errungenschaften mit der Zeit wieder in Luft aufgelöst haben. In den letzten Jahren der Herrschaft von Islam Karimow war die Zivilgesellschaft so schwach geworden, dass sie den staatlichen Angriffen gegen sie nichts mehr entgegenzusetzen hatte.

Das aktuelle autoritäre Regierungssystem in Usbekistan ist nicht in der Lage, die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft für die Entwicklung des Landes anzuerkennen. Das Scheitern der usbekischen Führung, flächendeckende Rechtsstaatlichkeit herzustellen und zu gewährleisten, zeigt sich besonders offensichtlich in den einzelnen Regionen. Lokale Verwaltungschefs werden weiterhin vom Präsidenten ernannt und nicht von der Bevölkerung gewählt. Diese Beamten üben weiterhin umfassende Kontrolle über Gerichte, Polizei und Abgeordnete lokaler Parlamente aus. Und natürlich über Aktivist:innen oder jeden der es wagt, Kritik zu äußern oder ihre Legitimität als lokale Verwaltungschefs in Frage zu stellen. Dieser gesamtstaatliche Regierungsapparat, in dem politische, wirtschaftliche und persönliche Interessen verschmelzen und in dem von oben bis unten Korruption und Rechtlosigkeit herrscht, bleibt das zentrale Hindernis für die usbekische Gesellschaft, sich aus ihrer Ohnmacht zu befreien.

*Aus dem Englischen von Hartmut Schröder*

#### *Über die Autorin*

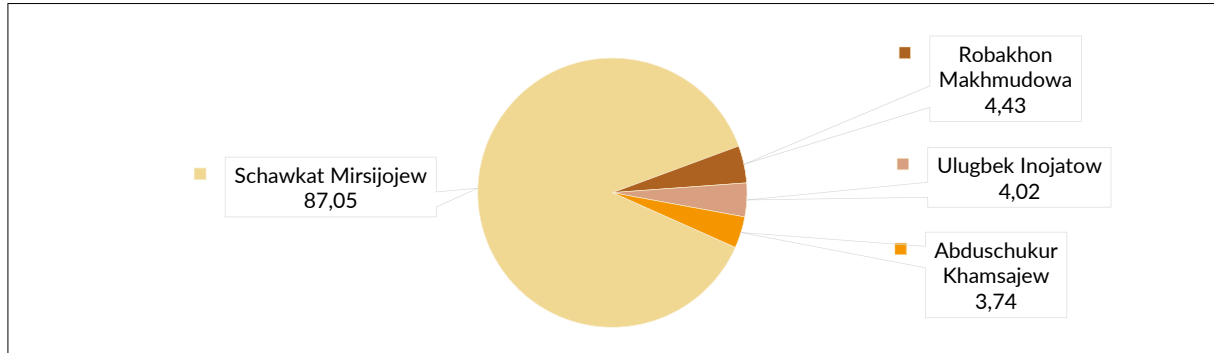
*Umida Niyazova* ist Menschenrechtsverteidigerin aus Usbekistan und leitet die in Berlin ansässige NGO Uzbek Forum for Human Rights. Sie wurde 2007 in Taschkent wegen ihrer Arbeit festgenommen und zu einer Haftstrafe von sieben Jahren verurteilt. Durch internationalen Druck konnte sie das Gefängnis nach vier Monaten verlassen und 2009 nach Berlin ausreisen. Dort gründete sie das Uzbek Forum, das die Menschenrechtsslage in Usbekistan mit Mitarbeitern vor Ort beobachtet.



## DOKUMENTATION

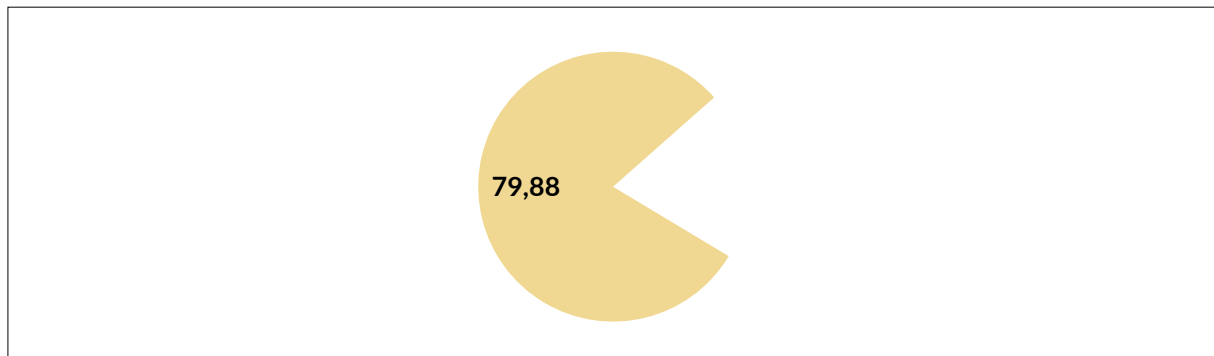
## Offizielles Endergebnis der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Usbekistan vom 9. Juli 2023

**Grafik 1: Offizielles Endergebnis der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Usbekistan vom 09. Juli 2023 (in % der abgegebenen Stimmen)**



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan, 11.07.2023, <https://www.saylov.uz/en/news/2023/07/11/markaziy-saylov-komissiyasining-muddatidan-ilgari-ozbekiston-respublikasi-prezidenti-saylovi-yakunlariga-bagishlangan-majlisi-togrisida-akhborot> (zuletzt aufgerufen am 13.07.2023)

**Grafik 2: Wahlbeteiligung bei der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Usbekistan vom 09. Juli 2023 (in %)**



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan, 11.07.2023, <https://www.saylov.uz/en/news/2023/07/11/markaziy-saylov-komissiyasining-muddatidan-ilgari-ozbekiston-respublikasi-prezidenti-saylovi-yakunlariga-bagishlangan-majlisi-togrisida-akhborot> (zuletzt aufgerufen am 13.07.2023)

**Tabelle 1: Offizielles Endergebnis der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Usbekistan vom 09. Juli 2023**

Kandidat	Partei	Offizielles Amt zum Zeitpunkt der Wahl	Stimmenanteil in %
Schawkat Mirsijojew	Liberaldemokratische Partei	Präsident der Republik Usbekistan	87,05
Robakhon Makhmudowa	Sozialdemokratische Partei »Adolat«	Erste stellvertretende Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs	4,43
Ulugbek Inojatow	Volksdemokratische Partei	Vorsitzender der Volksdemokratischen Partei	4,02
Abduschukur Khamsajew	Ökologische Partei	Stellvertretender Vorsitzender des Exekutivausschusses des Zentralrates der Ökologischen Partei	3,74
<b>Wahlberechtigte: 19.593.838 / Wahlbeteiligung: &gt; 15, 6 Mio. (79,88 %)</b>			

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan, 11.07.2023, <https://www.saylov.uz/en/news/2023/07/11/markaziy-saylov-komissiyasining-muddatidan-ilgari-ozbekiston-respublikasi-prezidenti-saylovi-yakunlariga-bagishlangan-majlisi-togrisida-akhborot> (zuletzt aufgerufen am 13.07.2023)

## 22. Mai –11. Juli 2023

### Kasachstan

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Zentralasien-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Rostam Onsori und Richard Schmidt*

*Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

25.5.2023	In seiner Ansprache an das Treffen des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates in Moskau fordert Präsident Kassym-Dschomart Tokajew die Anwesenden auf, von der vorherrschenden Praxis »situativer Vereinbarungen und manueller Kontrollen« Abstand zu nehmen und sich stattdessen »auf die Umsetzung des Prinzips von vollständiger Warenverkehrsfreiheit zu konzentrieren.«
29.5.2023	Während einer Arbeitsreise im Gebiet Nordkasachstan kommentiert Präsident Tokajew den Vorschlag seines belarussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko, dass Kasachstan dem Unionsstaat von Russland und Belarus beitrifft, damit dass er »seinen Witz geschätzt habe.«
2.6.2023	Präsident Tokajew nimmt im kirgisischen Tscholpon-Ata am zweiten EU-Zentralasien-Gipfeltreffen teil. Ein gemeinsam verabschiedetes Kommuniqué bekräftigt die Achtung der UN-Charta und die weitere Entwicklung der interregionalen Partnerschaft.
2.6.2023	Die kasachstanische PTC Holding unterzeichnet mit Georgien ein Investitionsübereinkommen für den Bau eines multimodalen Terminals in der georgischen Hafenstadt Poti.
3.6.2023	Präsident Tokajew nimmt in Ankara an der Amtseinführung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan teil, nachdem dieser am 28.5.2023 per Stichwahl wiedergewählt wurde.
6.6.2023	Laut dem stellvertretenden Generalstaatsanwalt Bulat Dembajew wurden insgesamt 39 Polizeibeamte wegen der mutmaßlichen Folterung von Festgenommenen während der Januar-Protteste 2022 angeklagt.
7.6.2023	Im Vorfeld des Astana International Forum empfängt Präsident Tokajew die OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid zu Gesprächen, wobei er die Meinung äußert, dass »dieses Forum eine neue Plattform zur Stärkung der Beziehungen zwischen Ost und West darstellt.«
8.6.2023	Bei bilateralen Gesprächen mit dem katarischen Emir Tamim bin Hamad Al Thani am Rande des Astana International Forum äußert Präsident Tokajew, dass Kasachstan bereit ist den Export von Gütern nach Katar auf 250 Mio. US-Dollar zu steigern. Bei bilateralen Gesprächen mit der Vorsitzenden des Staatspräsidiums von Bosnien und Herzegowina, Željka Cvijanović, äußert Tokajew, dass Kasachstan Bosnien und Herzegowina als »vielversprechenden Handelspartner in Südosteuropa und der Balkanregion betrachtet.«
8.6.2023	Ein Gericht in Almaty verurteilt sieben Polizisten wegen Totschlag zu Freiheitsstrafen zwischen fünf und zehn Jahren. Sie sollen während der Januar-Protteste 2022 einen festgenommenen Demonstranten in Haft zu Tode geprügelt haben.
9.6.2023	Der Chef der Nationalbank, Galymdschan Pirmatow, und die geschäftsführende Direktorin des IWF, Kristalina Georgiewa, eröffnen in Almaty das IWF-Zentrum zur Kapazitätsentwicklung in den Ländern Zentralasien, des Südkaukasus und der Mongolei.
9.6.2023	Das Energieministerium und das französische Energieunternehmen TotalEnergies einigen sich auf den gemeinsamen Bau einer Windkraftanlage mit einer geplanten Kapazität von einem Gigawatt im Gebiet Dschambyl im Wert von 1,4 Mrd. US-Dollar.
9.6.2023	Wegen eines historisch niedrigen Wasserstandes im Kaspischen Meere und den damit einhergehenden Risiken für die Schifffahrt erklärt das Rathaus von Aktau (Gebiet Mangystau) den Notstand.
12.6.2023	Präsident Tokajew erklärt den 12.6.2023 zum Trauertag für die Todesopfer von Waldbränden im Gebiet Abai. Diesjährige Waldbrände betreffen eine Fläche von 60.000 ha und haben bisher 14 Einsatzkräften das Leben gekostet.
14.6.2023	In Almaty findet der zehnte High-Level Political and Security Dialogue zwischen der EU und den zentralasiatischen Staaten, mit einem Fokus auf wasserbezogenen Herausforderungen, Energie, Klimawandel und Konnektivität, statt.
16.6.2023	Präsident Tokajew ernennt den bisherigen Botschafter Kasachstans in Russland, Jermak Koscherbajew, zum neuen Gouverneur des Gebietes Ostkasachstan.
19.6.2023	Präsident Tokajew empfängt den deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier in Astana zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen strategischen Partnerschaft mit dem Schwerpunkt auf Handel, Wirtschaft, Investitionen, Verkehr, Logistik und Energie. In einer gemeinsamen Pressekonferenz bietet Tokajew Kasachstan als Vermittler für eine Lösung des Krieges in der Ukraine an. Während des Besuches wird ein Übereinkommen unterzeichnet, laut dem die PCK Raffinerie Schwedt bis Ende 2024 monatlich 100.000 t Rohöl aus Kasachstan beziehen wird. Laut Steinmeier stehe man mit den Behörden Kasachstans in Kontakt, um eine Umgehung von gegen Russland verhängte Sanktionen via Kasachstan zu vermeiden.
20.6.2023	Ein Gericht in Astana verurteilt den ehemaligen Sport- und Kulturminister Arystanbek Muchamediluy wegen Veruntreuung im großen Umfang zu acht Jahren Freiheitsentzug.

21.6.2023	Nach der 20. Sitzung des Astana-Formates für Verhandlungen über die Zukunft von Syrien gibt der stellvertretende kasachstanische Außenminister Kanat Tumysch bekannt, dass es keine weiteren Treffen in dem Format geben werde, da »im Anbetracht der Rückkehr Syriens in die Familie der arabischen Nationen [gemeint ist die Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga im Mai 2023] [...] der Astana-Prozess sein Ziel erreicht hat.« Der Verhandlungsführer der russischen Seite gibt hingegen zu verstehen, dass der Prozess noch nicht beendet sei und nun ein neuer Verhandlungsort gesucht werden müsse.
21.6.2023	Der deutsche Bundespräsident Steinmeier fliegt von Astana ohne Tokajew weiter zu einem Besuch ins Gebiet Mangystau, wo er an der Eröffnung einer Wind-Solar-Anlage und der Grundsteinlegung für eine deutsch-kasachstanische Universität für Ingenieurwissenschaften teilnimmt.
23.6.2023	Nach bilateralen Gesprächen unterzeichnen Premierminister Alichan Smailow und sein aserbaidzhanischer Amtskollegen Ali Asadow in Baku eine Absichtserklärung über die strategische Zusammenarbeit beim Transit von kasachstanischem Erdöl über aserbaidzhanisches Territorium. Im trilateralen Format einigt sich Smailow mit der aserbaidzhanischen und georgischen Seite auf die Gründung einer gemeinsamen Logistikfirma, die u. a. auch einheitliche Tarife und Bestimmungen für den Frachttransport entlang des Mittelkorridors entwickeln soll.
24.6.2023	Präsident Tokajew erklärt seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin am Telefon, dass Kasachstan die bewaffnete Rebellion der privaten Militärfirma Wagner als interne Angelegenheit Russlands betrachtet, jedoch auf eine baldige Rückkehr zu »Recht und Gesetz« hofft.
28.6.2023	Handels- und Integrationsminister Serik Dschumangarin bestätigt Berichte, laut denen sanktionierte Technologien mit doppeltem Verwendungszweck (zivil und militärisch), trotz Versuchen dies zu unterbinden, aus Kasachstan nach Russland re-exportiert wurden.
29.6.2023	Die zentralasiatische Allianz zur Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt unter der Schirmherrschaft der UN nimmt in ihrem Hauptsitz in Almaty die Arbeit auf.
29.6.2023	Der Senat billigt ein Gesetz über die Einrichtung einer »nuklearen Sicherheitszone« auf dem Gelände des ehemaligen sowjetischen Atomwaffentestgeländes Semipalatinsk. Das Gesetz regelt u. a. die Sanierung des Geländes und Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen von damaligen Atomwaffentests.
30.6.2023	Ein Gericht in Kysylorda verurteilt die Ex-Frau eines bereits verurteilten Neffen von Ex-Präsident Nursultan Nasarbajew, Gulmira Satybaldy, wegen Veruntreuung und der illegalen Aneignung von Aktien und Vermögenswerten mehrerer Unternehmen zu acht Jahren Freiheitsentzug.
1.7.2023	Es tritt eine Gesetzesänderung in Kraft, laut der die Polizei in Fällen von häuslicher Gewalt Verwaltungsverfahren ohne eine Stellungnahme der geschädigten Person einleiten kann.
3.7.2023	Das Justizkollegium für Strafsachen hebt das im März gegen den Oligarchen Kairat Boranbajew verhängte Gerichtsurteil von acht Jahren Freiheitsentzug auf. Demnach weist das Dokument, auf dessen Grundlage das Urteil gefällt wurde, keine Informationen auf, mit denen Boranbajew eine betrügerische Unterschlagung von Gewinnen aus Erdgasgeschäften nachgewiesen werden kann.
3.7.2023	Laut dem Pressedienst des Präsidenten wurde der ehemalige Minister für Kultur und Sport, Dauren Abajew, zum neuen Botschafter Kasachstans in Russland ernannt.
4.7.2023	Präsident Tokajew nimmt am Online-Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) teil, bei dem Iran der Organisation als neuntem Vollmitglied beitrifft. In seiner Ansprache erläutert Tokajew seine Prioritäten für die weitere Entwicklung der SOZ, nachdem Kasachstan den SOZ-Vorsitz von Indien übernimmt. Dazu zählen u. a. die Bewahrung von Sicherheit und Stabilität und die Ausweitung von Handels- und wirtschaftlichen Beziehungen. Das Astana International Financial Center soll zur Plattform für Investitionen im SOZ-Raum ausgebaut werden. Die Hauptaufgabe der SOZ bestehe laut Tokajew darin, »eine geopolitische Kluft zwischen Ost und West zu verhindern.«



**Kirgistan**

24.5.2023	Laut dem kirgisischen Dienst von RFE/RL ist der ehemalige Präsident Askar Akajew bereits am 18.5.2023 aus Russland nach Kirgistan gereist, um das Grab seiner Mutter und seines Bruders zu besuchen und eine Vorlesung an der Kyrgyz State Technical University zu geben.
24.5.2023	Laut dem Gouverneur des Gebietes Batken habe man sich mit Tadschikistan darauf verständigt, keine Drohnen in Grenzgebieten einzusetzen.
25.5.2023	Präsident Sadyr Dschaparow nimmt in Moskau am Treffen des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates teil. Laut Dschaparow ist die Priorität Kirgistans in der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) die Stärkung der Eurasischen Wirtschaftskommission und die Beseitigung von Handelshemmnissen auf dem gemeinsamen Binnenmarkt.
29.5.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin ratifiziert das russisch-kirgisische Abkommen über die Schaffung eines gemeinsamen Luftverteidigungssystems.
31.5.2023	Präsident Dschaparow ratifiziert ein Abkommen mit den Malediven über die gegenseitige Aufhebung der Visapflicht.
31.5.2023	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das allen Beamten die Beherrschung der kirgisischen Sprache vorschreibt und eine Reihe von Bereichen und Situationen definiert, in denen der Gebrauch der kirgisischen Sprache Pflicht ist (u. a. Behördenaktivitäten und die Durchführung von Wahlen).
2.6.2023	Präsident Dschaparow und sein kirgisischer Amtskollege Emomali Rachmon führen in Tscholpon-Ata (Gebiet Issyk-Kul) Gespräche über die bilaterale Zusammenarbeit, wobei sich beide Seiten auf die Fortführung von Verhandlungen zur vollständigen Delimitation und Demarkation der gemeinsamen Grenze einigen.
2.6.2023	In Tscholpon-Ata beginnt das zweite EU-Zentralasien-Gipfeltreffen. In seiner Ansprache äußert Präsident Dschaparow, dass eine tatsächliche Integration Zentralasiens in die Weltwirtschaft nur durch intraregionale Konnektivität erreicht werden kann. Demnach ist die geplante Eisenbahn China–Kirgistan–Usbekistan von herausragender Wichtigkeit für Kirgistan. Ein gemeinsam verabschiedetes Kommuniqué aller Teilnehmer bekräftigt die Achtung der UN-Charta und die weitere Entwicklung der interregionalen Partnerschaft. Bei bilateralen Gesprächen zwischen Dschaparow und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, einigen sich beide Seiten auf eine Vertiefung der Zusammenarbeit »auf der Grundlage von Demokratie, Respekt für Menschenrechte und Herrschaft des Rechts.«
3.6.2023	Präsident Dschaparow nimmt in Ankara an der Amtseinführung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan teil, nachdem dieser am 28.5.2023 per Stichwahl wiedergewählt wurde.
5.6.2023	Wegen Wassermangel ordnet das Rathaus von Bischkek die Schließung aller Autowaschanlagen und Schwimmbäder in der Stadt an.
6.6.2023	Bei bilateralen Gesprächen mit der OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid in Bischkek äußert Präsident Dschaparow die Meinung, dass es nötig sei, dass die OSZE ihre Projektaktivitäten in Zentralasien u. a. in den Bereichen Grenzsicherheit, Reform der Strafverfolgungsbehörden, Entwicklung von E-Commerce und Förderung von Unternehmertum erhöht.
6.6.2023	Nach eigenen Angaben hat das Staatliche Komitee für Nationale Sicherheit (GKNB) über 30 Personen festgenommen, die eine kriminelle Vereinigung mit dem Ziel eines Staatsstreichs gegründet haben sollen.
7.6.2023	Nach bilateralen Gesprächen in Bischkek unterzeichnen Präsident Dschaparow und der katarische Emir Tamim bin Hamad Al Thani insgesamt 13 Absichtserklärungen, welche die weitere Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Kultur, Militär und Gesundheit betreffen.
8.6.2023	Präsident Dschaparow nimmt am Astana International Forum teil, wo er u. a. für Investitionen in den Bereich erneuerbare Energien in Kirgistan wirbt. Am Rande des Forums führt er bilaterale Gespräche mit der Vorsitzenden des Staatspräsidiums von Bosnien und Herzegowina, Željka Cvijanović, wobei beide Seiten Potential zur Intensivierung von politischen Kontakten und wirtschaftlicher Kooperation feststellen.
8.6.2023	Der Ministerkabinettsvorsitzende Akylbek Dschaparow nimmt in der russischen Stadt Sotschi am Treffen des Zwischenregierungsrates der EAWU und dem Treffen des Rates der Regierungsoberhäupter der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) teil. Im bilateralen Gespräch mit dem russischen Premierminister Michail Mischustin geht es um Fragen der Umsetzung von bereits geschlossenen Vereinbarungen, u. a. dem geplanten Bau von neun russischsprachigen Schulen in Kirgistan.
8.6.2023	Laut Fergana Agency hat Kirgistan bereits im Mai einen im Jahr 2022 nach Kirgistan geflohenen russischen Aktivisten nach Russland ausgeliefert, der dort wegen eines Brandanschlags auf ein Armeeerkuterungsbüro im Gebiet Swerdlowsk gesucht wird.
12.6.2023	Ein Gericht in Bischkek verurteilt Ex-Präsident Kurmanbek Bakijew in absentia wegen Korruption im Zusammenhang mit der Kumtor-Goldmine (Gebiet Issyk-Kul) zu 30 Jahren Freiheitsentzug.

14.6.2023	Laut 24.kg wurde ein landesweites Gesichtserkennungssystem gestartet, durch das Bürger:innen von GUS-Staaten identifiziert werden können, nach denen international gesucht wird.
15.6.2023	Der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates, Marat Imankulow, stellt die aktualisierte Militärdoktrin vor, die demnach auf Freundschaft und ein friedliches Zusammenleben mit den Nachbarstaaten abzielt.
15.6.2023	Der Präsident des Verbandes der Industriellen und Unternehmer Kirgistans, Danil Ibrajew, äußert am Rande des St. Petersburg International Economic Forum, dass sich Russland und Kirgistan auf die Schaffung eines gemeinsamen Elektrizitätsmarktes geeinigt haben.
16.6.2023	Der im Mai 2021 vom türkischen Nachrichtendienst MIT aus Bischkek entführte ehemalige Direktor der türkischen Lyzeen in Kirgistan, Orhan Inandi, wird von einem Gericht in Ankara wegen »Anführung einer bewaffneten Terrororganisation« zu 21 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Laut der türkischen Generalstaatsanwaltschaft stand Inandi mit der in der Türkei als Terror-Organisation eingestuftes Gülen-Bewegung in Kontakt.
20.6.2023	Präsident Dschaparow unterzeichnet ein neues Gesetz, das die legale Deklaration von bisher undeklarierten oder un versteuerten Vermögenswerten ermöglicht.
21.6.2023	Präsident Dschaparow unterzeichnet ein Gesetz, das den Austausch personenbezogener Daten zwischen Kirgistan, Kasachstan und Russland ermöglicht, etwa bei Fragen zu Migration und Staatsbürgerschaft.
22.6.2023	Präsident Dschaparow empfängt den deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier in Ala-Artscha (Gebiet Tschui) zu Gesprächen über Möglichkeiten zur Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit. Laut Steinmeier wolle Deutschland mit Kirgistan Erfahrungen u. a. im Bereich der erneuerbaren Energien teilen. Laut Dschaparow teilen Kirgistan und Deutschland demokratische Werte. Kirgistan sei interessiert an deutschen Technologien für erneuerbare Energien.
22.6.2023	Das Parlament stimmt für eine strafrechtliche Verfolgung des Butun-Parteivorsitzenden Adachan Madumarrow, u. a. wegen Verdacht auf Machtmissbrauch bei der Unterzeichnung eines Grenzprotokolls mit Tadschikistan im Jahr 2009 und der Planung einer gewaltsamen Machtergreifung nach der Abtretung des Kempir-Abad-Stausees an Usbekistan im Jahr 2022.
24.6.2023	Laut Arbeitsminister Kudaibergen Basarbajew können kirgisische Staatsbürger:innen nach der Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens mit der kuwaitischen Regierung demnächst legal in Kuwait arbeiten.
29.6.2023	Nach bilateralen Gesprächen über Möglichkeiten der Anstellung kirgisischer Staatsbürger:innen in Israel weihen Arbeitsminister Basarbajew und sein israelischer Amtskollege Yoav Ben-Tzur in Tel Aviv einen Gedenkstein ein, der an kirgisische Familien erinnert, die im zweiten Weltkrieg aus Osteuropa geflohene Juden aufgenommen haben.
29.6.2023	Das Parlament verabschiedet Abänderungen des Gesetzes zu externer Migration, die u. a. einen visumfreien Aufenthalt für 60 Tage auf einmal im Zeitrahmen von 120 Tagen beschränken.
2.7.2023	Das Justizkollegium weist die Regierung an, Personen ab 16 Jahren zu ermöglichen, statt ihres Vatersnamen den Mutternamen als Mittelteil im Namen tragen zu können.
4.7.2023	Präsident Dschaparow nimmt am Online-Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) teil, bei dem Iran der Organisation als neuntem Vollmitglied beitrifft. Laut Dschaparow sei der Beitritt Irans das Ergebnis der Zusammenarbeit und verdeutliche, dass die SOZ »zu einem inspirierenden Modellbeispiel für internationale Beziehungen geworden ist, die auf gegenseitigem Vorteil und Vertrauen beruhen.« Laut Dschaparow dürfe die Aufmerksamkeit der SOZ gegenüber Afghanistan nicht abnehmen.
6.7.2023	Laut eigener Angaben hat das GKNB nach Razzien in Privathäusern zehn Mitglieder der Partei Butun festgenommen, die verdächtigt werden, Massenproteste und eine gewaltsame Machtübernahme geplant zu haben.
6.7.2023	In Nordrhein-Westfalen werden sieben Personen aus Zentralasien, darunter ein kirgisischer Staatsbürger, festgenommen, die verdächtigt werden, im Namen des Khorasan-Ablegers des »Islamischen Staates« (ISIS-K) in Deutschland Anschläge geplant zu haben.
9.7.2023	Präsident Dschaparow wird in Ulanbaatar von seinem mongolischen Amtskollegen Uchnaagiin Churelsuch zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus empfangen. Laut Churelsuch sei die Mongolei am Import kirgisischer Agrarprodukte interessiert. Laut Dschaparow bestehen die größten Probleme für den Ausbau des bilateralen Handels in den Bereichen Transport und Logistik.

## **Tadschikistan**



22.5.2023	Am 21. Mai wurden 104 Bürger:innen Tadschikistans, Mitglieder von 29 Familien, mit einem Sonderflug aus Syrien in ihre Heimat zurückgefliegen. Bereits seit drei Jahren repatriiert Tadschikistan ehemalige IS-Kämpfer und ihre Familienangehörigen auf Anweisung von Präsident Emomali Rachmon. 2022 wurden 146 tadschikische Bürger:innen aus Syrien heimgefliegen.
23.5.2023	Fergana Agency berichtet über neue Bestimmungen für die Bestattung von Terroristen, die bei Anschlägen oder Antiterroroperationen getötet wurden. Künftig wird ihr Leichnam nicht mehr an Angehörige übergeben. Stattdessen werden sie an einem von den Behörden definierten geheimen Ort in geschlossenen Särgen bestattet.
24.5.2023	Im aktuellen Freedom House Demokratie-Index verschlechtern sich alle zentralasiatischen Republiken. Tadschikistan sinkt im Vergleich zum Vorjahr von 1,11 auf 1,04, Kirgisistan von 1,75 auf 1,68, Kasachstan von 1,36 auf 1,32 und Usbekistan von 1,25 auf 1,21. Turkmenistan hat mit einem Wert von 1 den niedrigsten Platz im Ranking. Freedom House stellt in ganz Zentralasien einen »Teufelskreis des Autoritarismus« fest, der sich in uneingeschränkter Machtkonzentration, dem Ignorieren von Unzufriedenheit in der Bevölkerung und der gewaltsamen Unterdrückung von Protesten zeigt.
26.5.2023	Nach zahlreichen Verhaftungen von tadschikischen Staatsangehörigen in Russland bestellt das tadschikische Außenministerium den russischen Botschafter in Tadschikistan, Semyon Grigorijew, ein. Das tadschikische Außenministerium äußerte Grigorijew gegenüber die Sorge, dass tadschikische Bürger in Russland unter falschen Vorwänden festgenommen würden.
30.5.2023	Rustam Kholikow, der ehemalige Generaldirektor von Tajik Air und ehemalige Direktor des Flughafens von Duschanbe, wird wegen des Verdachtes auf Veruntreuung und Dokumentenfälschung in Duschanbe verhaftet.
2.6.2023	Präsident Rachmon nimmt im kirgisischen Tscholpon-Ata am Gipfel »Zentralasien – Europäische Union« teil, an welchem ebenfalls seine Amtskollegen aus Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan teilnehmen. In der gemeinsamen Erklärung bekräftigten alle Seiten ihr Engagement für einen Dialog auf höchster Ebene und die Weiterentwicklung der Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Zentralasien. Ebenso bekräftigten alle Seiten ihre Verpflichtung gegenüber der UN-Charta und dem Prinzip der territorialen Integrität von Staaten. Wasser wird als essentielle Ressource für die Region hervorgehoben.
8.6.2023	Präsident Rachmon eröffnet in Duschanbe gemeinsam mit dem Emir von Katar, Scheich Tamim bin Hamad Al Tahni, die größte Moschee Zentralasiens. Die neueröffnete Moschee bietet Platz für 133.000 Personen und soll auch als islamisches Kultur- und Bildungszentrum dienen. An den Baukosten von 100 Mio. US-Dollar beteiligte sich Katar mit 70 Mio. US-Dollar.
20.6.2023	Der stellvertretende Leiter der Abteilung für den Kampf gegen organisierte Kriminalität im Innenministerium von Tadschikistan, Akmal Yusufzoda, wird wegen des Verdachts der Entführung eines 38-jährigen Dozenten, Ismoil Rahmonow, festgenommen. Rahmonow verschwand am 12. Juni spurlos, nachdem es zuvor einen Konflikt zwischen den Ehefrauen von Rahmonow und Yusufzoda gegeben haben soll. Bei der Vernehmung soll Yusufzoda laut Behörden behauptet haben, Rahmonow in die Warzob-Schlucht (nahe Duschanbe) gebracht und ihn dann freigelassen zu haben.
23.6.2023	Der tadschikische Staatsbürger Sorbon Abdurakhimzoda wird aus Polen nach Tadschikistan abgeschoben. Laut dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte befindet sich Abdurakhimzoda in Tadschikistan in Lebensgefahr, da er der dort verbotenen »Gruppe 24« angehört hat. Bis zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine lebte Abdurakhimzoda in der Ukraine und floh 2022 nach Kriegsausbruch nach Polen.
23.6.2023	Laut Fergana Agency wurde Raschid Ayombekow, der Bruder eines informellen Anführers im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan (GBAO), zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt.
30.6.2023	Am Flughafen von Kischinau wird ein tadschikischer Staatsbürger nach einem Schusswechsel mit Sicherheitskräften schwer verletzt festgenommen. Nachdem ihm die Einreise in die Republik Moldau verwehrt wurde soll er einem Flughafenbeamten die Dienstwaffe entrissen und das Feuer eröffnet haben.
1.7.2023	Laut der tadschikischen Generalstaatsanwaltschaft handelt es sich beim Angreifer am Flughafen Kischinau um Rustam Aschurow, den Entführer und Mörder des stellv. Direktors der »Oriyon-Bank«, Schuhrat Ismatullojew. Aschurow war kurz nach der Tat aus Duschanbe in die Türkei geflohen, von wo aus er via Moldau in die EU flüchten wollte. Laut moldauischen Behörden wurde zum Zeitpunkt von Aschurows Einreiseversuch noch nicht international nach ihm gefahndet.
4.7.2023	Vier Tage nach dem Vorfall am Flughafen Kischinau erliegt Rustam Aschurow seinen Verletzungen. Inzwischen wurde bekannt, dass er zuvor sieben Jahre lang im Innenministerium von Tadschikistan beschäftigt war und nach einem Raubüberfall entlassen und verurteilt worden war.
6.7.2023	In Deutschland sowie den Niederlanden werden neun Staatsangehörige verschiedener zentralasiatischer Republiken, darunter Tadschikistan, festgenommen. Sie sollen im Namen des Khorasan-Ablegers des »Islamischen Staates« (ISIS-K) in Deutschland Terroranschläge geplant haben.

---

7.7.2023	In sozialen Medien kursiert ein Video, in denen der Attentäter vom Flughafen von Kischinau, Aschurow, mit seiner Mutter telefoniert. In dem Gespräch, kurz nach dem Schusswechsel am Flughafen, gesteht er seine Beteiligung an der Entführung und Ermordung des »Oriyon-Bank«-Direktors. Als Motiv nennt er den Raub von Bitcoins im Wert von 100–200 Mio. US-Dollar.
----------	--

## **Turkmenistan**

22.5.2023	Nach einem bilateralen Gespräch mit dem turkmenischen Gesundheitsminister Atageldi Germanow in Genf lobt der WHO-Generaldirektor Tedros Ghebreyesus öffentlich Turkmenistans »Bemühungen« beim Kampf gegen nichtübertragbare Krankheiten und dem »Aufbau eines umfassenden Gesundheitssystems.«
23.5.2023	Laut der turkmenischen Helsinki-Stiftung für Menschenrechte hat die Türkei den turkmenischen oppositionellen Videoblogger Farhat Durdyjew nach Turkmenistan ausgeliefert. Demnach wurde er direkt bei der Ankunft am Flughafen Aschgabat festgenommen. Fast gleichzeitig wird bekannt, dass vier politische Gefangene aus einem Gefängnis im Gebiet Lebap UN-Mitarbeitern in Turkmenistan einen Brief zuspiesen konnten, in dem diese von psychischer und physischer Folter berichten und um Hilfe bitten.
25.5.2023	In Aschgabat beginnt das EU-Zentralasien-Treffen zur Sicherheitslage Afghanistan, unter der Teilnahme der Sondergesandten der EU und der zentralasiatischen Staaten für Afghanistan.
30.5.2023	Der Nationalführer und Volksratsvorsitzende Gurbanguly Berdymuchamedow wird in Teheran vom iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi und dem Obersten Führer des Irans, Ajatollah Ali Chamenei, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit, u. a. in den Bereichen Transit, Transport, Energie und Wirtschaft empfangen. Beide Seiten einigen sich auf eine stärkere Koordinierung der Zusammenarbeit in Fragen, die Afghanistan und den Kaspischen Raum betreffen. Gemeinsam unterzeichnete Absichtserklärungen betreffen u. a. die Zusammenarbeit bei Zollfragen, in Bildung und Wissenschaft und zwischen den Außenministerien.
1.6.2023	Präsident Serdar Berdymuchamedow und der Nationalführer und Volksratsvorsitzende G. Berdymuchamedow führen mit der OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid in Aschgabat Gespräche über Fragen der Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Umweltsicherheit. Laut Schmid wolle die OSZE Turkmenistan dabei helfen, »Energieressourcen auf den Weltmarkt zu bringen.« Im Anschluss an die Gespräche wurde das neue Gebäude der OSZE in Aschgabat eröffnet.
3.6.2023	Präsident S. Berdymuchamedow nimmt in Ankara an der Amtseinführung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan teil, nachdem dieser am 28.5.2023 per Stichwahl wiedergewählt wurde.
5.6.2023	Präsident S. Berdymuchamedow ordnet die Gründung einer »intersektoralen Kommission zur Reduzierung von Methanemissionen« und einer weiteren »zur Ausarbeitung eines Verfahrens für den Außenhandel« an.
5.6.2023	Laut Turkmen.news wurde ein landesweites Verbot von E-Zigaretten eingeführt.
7.6.2023	Laut Turkmen.news haben Grenzschutzbeamte in Garabogas (Gebiet Balkan) eigenmächtig die Staatsgrenze mit Kasachstan um 45 km landeinwärts verlegt, um Fischer davon abzuhalten, ihre Boote am Ufer des Kaspischen Meeres zu erreichen. Demnach wurden zwischen der Küste und der an ihr entlangführenden Straße Gräben ausgehoben und Stacheldraht gezogen.
8.6.2023	Laut Chronika Turkmenistana haben Vertreter Turkmenistans und Pakistans nach Gesprächen in Islamabad einen »gemeinsamen Plan für die Umsetzung der TAPI [Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien-Gaspipeline]« unterzeichnet, dessen Details unbekannt sind.
9.6.2023	Der Nationalführer und Volksratsvorsitzende G. Berdymuchamedow und Präsident S. Berdymuchamedow empfangen den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban in Aschgabat zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit, vor allem in den Bereichen Energie, Industrie, Logistik, Landwirtschaft und Privatwirtschaft. Zuvor hat der ungarische Außenminister Péter Szijjártó geäußert, er sehe in turkmenischem Erdgas eine Lösung für die europäische Energiekrise, weshalb Ungarn am Bau von Pipelineinfrastruktur zwischen Turkmenistan und Europa interessiert ist. Gemeinsam unterzeichnete Absichtserklärungen betreffen u. a. die Zusammenarbeit in den Bereichen diplomatische Ausbildung und wissenschaftlicher Austausch in den Fächern Medizin, Meteorologie, Tourismus und Wassermanagement.
14.6.2023	Laut der Turkmen Initiative for Human Rights haben die turkmenischen Behörden bei der Baumwollernte im Jahr 2022 systematisch Kinder- und Zwangsarbeit eingesetzt.
23.6.2023	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL haben turkmenischen Behörden die Ausgabe biometrischer Pässe eingestellt. Der Schritt stehe demnach im Zusammenhang mit der Ermordung von vier turkmenischen Staatsbürgern in Istanbul durch einen Landsmann im Juni.
29.6.2023	Westlich von Aschgabat eröffnet Präsident S. Berdymuchamedow feierlich die neue, noch unbewohnte Hauptstadt des Gebietes Ahal, Arkadag, in der einmal 70.000 Menschen leben sollen. Es handelt sich um »die erste Smart City des Landes und der turksprachigen Welt« (TDH) sowie die erste turkmenische Stadt mit dem Status von »staatlicher Bedeutung«. Laut Turkmen.news ist es in den Tagen vor und nach der Feier landesweit zu Internetstörungen gekommen. Arkadag (»Patron«) ist der Ehrentitel des Nationalführers und Volksratsvorsitzenden G. Berdymuchamedow.



29.6.2023	Während seines Aufenthaltes in Saudi-Arabien im Rahmen einer Haddsch führt der Nationalführer und Volksratsvorsitzende G. Berdymuchamedow u. a. mit dem Präsidenten der Islamischen Entwicklungsbank, Ahmed Mohammed Ali Al-Madani, bilaterale Gespräche über die mögliche Umsetzung von Investitionsprojekten in den Bereichen Transport und Transit in Turkmenistan.
4.7.2023	Präsident S. Berdymuchamedow nimmt als Ehrengast am Online-Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) teil, bei dem Iran der Organisation als neuntem Vollmitglied beitrifft. In seiner Ansprache schlägt S. Berdymuchamedow u. a. eine engere Koordinierung zur Verbesserung transkontinentaler Transport- und Transitzkorridore, mehr gemeinsame Projekte zur Diversifizierung der Energieversorgung und die Schaffung einer Plattform für »High-Tech-Partnerschaften« vor.
6.7.2023	In Nordrhein-Westfalen werden sieben Personen aus Zentralasien, darunter ein turkmenischer Staatsbürger, festgenommen, die verdächtigt werden, im Namen des Khorasan-Ablegers des »Islamischen Staates« (ISIS-K) in Deutschland Anschläge geplant zu haben.

## Usbekistan

22.5.2023	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) will der »ACWA Power Wind Karatau« einen Kredit in Höhe von 19,3 Millionen US-Dollar für den Bau eines 100-MW-Windparks in Nukus (Republik Karakalpakstan) zur Verfügung stellen. Der Park soll nach Fertigstellung jährlich 300 GWh Strom produzieren und 178.000 t CO <sub>2</sub> -Emissionen einsparen.
22.5.2023	Der Oberste Gerichtshof veröffentlicht eine aktualisierte Liste von extremistischen Materialien, Websites und Kanälen in sozialen Medien, die im Land verboten sind. Die Liste enthält Hunderte von Einträgen.
23.5.2023	Ab dem kommenden Schuljahr wird das Fach Informatik bereits in den Grundschulen Usbekistans unterrichtet, meldet Fergana Agency.
24.5.2023	Der usbekische Menschenrechtsaktivist Bachrom Hamrojew wird wegen der »Rechtfertigung von Terrorismus« von einem Gericht in Russland zu 14 Jahren Haft verurteilt. Hamrojew, der sich in Russland für die Rechte von Migranten einsetzt, beteuert seine Unschuld. Nach eigenen Angaben war er in den letzten Jahren wiederholt Druck seitens der russischen Behörden ausgesetzt.
24.5.2023	In einem aktuellen Bericht kritisiert Human Rights Watch (HRW) die Einschränkungen der Religionsfreiheit in Usbekistan. Die Regierung würde entgegen ihrer Versprechungen die Ausübung des Glaubens im Land beschränken. HRW hebt jedoch hervor, dass die Regierung unter Präsident Schawkat Mirsijojew u. a. Hunderte Menschen freigelassen hat, die unter dessen Vorgänger Islam Karimow wegen friedlicher religiöser Aktivitäten oder Überzeugungen verurteilt wurden.
24.5.2023	Im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch der Präsidentin von Singapur, Halimah Yacob, in Taschkent, lässt der Pressedienst des usbekischen Präsidenten verlautbaren, dass der Wert bilateraler Investitionsprojekte u. a. in den Bereichen Verkehr, Energie, Chemie- und Textilindustrie mittlerweile 3,8 Mrd. US-Dollar beträgt.
25.5.2023	Präsident Mirsijojew unterzeichnet ein Gesetz, das den Verkauf von Alkohol und Tabak an Personen unter 21 Jahren verbietet.
2.6.2023	Präsident Mirsijojew nimmt im kirgisischen Tscholpon-Ata am Gipfel »Zentralasien – Europäische Union« teil, an welchem ebenfalls seine Amtskollegen aus Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan teilnehmen. In der gemeinsamen Erklärung bekräftigten alle Seiten ihr Engagement für einen Dialog auf höchster Ebene und die Weiterentwicklung der Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Zentralasien. Ebenso bekräftigen alle Seiten ihre Verpflichtung gegenüber der UN-Charta und dem Prinzip der territorialen Integrität von Staaten. Wasser wird als essentielle Ressource für die Region hervorgehoben.
5.6.2023	Nach eigenen Angaben hat die Zentrale Wahlkommission (CEC) vier Kandidat:innen für die vorgezogene Präsidentschaftswahl am 9. Juli registriert. Neben dem amtierenden Präsidenten Schawkat Mirsijojew, der von der Liberal-Demokratischen Partei nominiert wurde, gibt es je einen Kandidaten von der Volksdemokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei »Adolat« und der Ökologischen Partei. Die Partei Milly Tiklanisch hat beschlossen, keinen eigenen Kandidaten aufzustellen und stattdessen die Kandidatur von Präsident Mirsijojew zu unterstützen.
6.6.2023	Per Dekret ordnet Präsident Mirsijojew an, dass ab dem 1. Juli 2023 keine Gesetzesvorlagen mehr entwickelt werden dürfen, die den Regeln und Normen der Welthandelsorganisation (WTO) widersprechen.
9.6.2023	Die OSZE gibt bekannt, eine Mission zur Beobachtung der vorgezogenen Präsidentschaftswahl am 9.7.2023 und des dazugehörigen Wahlkampfes nach Usbekistan entsendet zu haben.
9.6.2023	Präsident Mirsijojew und die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni einigen sich in Rom auf die Etablierung einer strategischen Partnerschaft im bilateralen Rahmen. Während eines Geschäftsforums werden Investitionsvereinbarungen und Handelsverträge im Wert von über neun Milliarden Euro unterzeichnet, u. a. für die Bereiche Energie, Landwirtschaft und Finanzen.
12.6.2023	Der Oberste Gerichtshof Usbekistans revidiert einige Urteile, die zuvor von niedrigeren Instanzen gegen Teilnehmer:innen der Proteste in Nukus 2022 verhängt worden sind. Fünf Hafturteile werden in nicht freiheitsentziehende Strafen umgewandelt. Von 16 weiteren Verurteilten wird die Haftstrafe verkürzt. Einigen Verurteilten wird ihr Eigentum, das zuvor von den Behörden beschlagnahmt wurde, darunter Immobilien und Autos, zurückgegeben.
14.6.2023	Ein Gericht in Andischan verurteilt zwölf Beamte wegen der Misshandlung eines Häftlings, der infolge der erlittenen Verletzungen verstorben ist, zu Strafen zwischen einjährigem Dienstausschluss und bis zu vier Jahren Haft.
14.6.2023	HRW fordert die usbekischen Behörden auf, die Verurteilung des Studenten Dschahongir Ulugmuradow zu drei Jahren Haft aufzuheben, nachdem er einen Link zu einem islamischen Gesangsstück geteilt hatte, das von den Behörden als extremistisch eingestuft wird.

19.6.2023	Während seines Besuches in Teheran einigen sich Präsident Mirsijojew und sein iranischer Amtskollege Ebrahim Raisi auf die Schaffung gemeinsamer Sonderwirtschaftszonen und darauf, die Anzahl der regelmäßigen Flüge zwischen den Hauptstädten beider Länder zu erhöhen. Der jährliche Handelsumsatz soll auf zwei Mrd. US-Dollar steigen.
23.6.2023	Laut Fergana Agency planen usbekische Behörden die Einführung einer Online-Warteschlange für Hadsch-Pilger, um Betrug und Bestechung zu bekämpfen. Demnach sei das aktuelle Auswahlverfahren intransparent und anfällig für Korruption.
24.6.2023	Im Kontext der bewaffneten Rebellion der privaten Militärfirma Wagner in Russland fordert die usbekische Botschaft in Moskau alle usbekischen Staatsbürger:innen in Russland auf, Reisen in die grenznahen Gebiete zu Ukraine wenn möglich zu vermeiden.
27.6.2023	Präsident Mirsijojew bezeichnet Journalisten und Blogger als »Stütze der Regierung im Kampf gegen Korruption und Bürokratie.« Medien sollten eine Plattform für freie Meinungsäußerung sein, weshalb die Regierung bestrebt sei, eine neue »Journalismus-Kultur« in Usbekistan zu fördern.
9.7.2023	Fast 20.000.000 Wahlberechtigte sind aufgerufen, sich an der landesweiten vorgezogenen Präsidentschaftswahl zu beteiligen.
10.7.2023	Laut CEC hat der amtierende Präsident die vorgezogene Präsidentschaftswahl vom Vortag mit 87,05 % der Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von 79,88 %, gewonnen (für das ausführliche Wahlergebnis siehe Seite 9 dieser Ausgabe).
11.7.2023	Laut dem vorläufigen Bericht der OSZE-Wahlbeobachter war die vorgezogene Präsidentschaftswahl vom 9.7.2023 technisch gut vorbereitet, fand jedoch in einer politischen Umgebung statt, die echten Wettbewerb vermissen ließ. Der Wahlkampf war »fade«, da es an signifikanter Interaktion mit den Wähler:innen und alternativen politischen Ansichten mangelte. Medien hätten nicht zur kritischen Diskussion politischer Alternativen beigetragen, weshalb es Wähler:innen verwehrt blieb, eine informierte Entscheidung zu treffen. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Wahlverstößen bei der Stimmabgabe beobachtet, während die Stimmenauszählung teilweise von unzureichender Transparenz geprägt war.

**Herausgeber:**

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH  
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
 Deutsches Polen-Institut  
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

**Redaktion:**

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onsoni und Richard Schmidt  
 Satz: Matthias Neumann

**Wissenschaftlicher Beirat:**

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow  
 Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin  
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)





LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.